



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KII/165 - 23. Juli 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0286890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Dulles-Rede	S. 1
Labour und Sicherheit in Europa	S. 3
Lässt sich Dönitz missbrauchen?	S. 4
Noch immer politische Gefangene in Bautzen	S. 5
"Evakuierung sinnlos"	S. 7

Klarer Wille zur Abrüstung

sp- Am 1. August sollte der Unterausschuss der Vereinten Nationen, der sich mit den Fragen der Abrüstung beschäftigt und dem die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Grossbritannien, Kanada und Frankreich angehören, die Ergebnisse seiner nun fast vier Monate dauernden Londoner Verhandlungen in einem zusammenfassenden Bericht den Vereinten Nationen zu weiteren Beratungen vorlegen. Dieses Datum kann nicht eingehalten werden. Der amerikanische Abrüstungsexperte braucht etwa noch drei Wochen, um die Fülle seiner Pläne auszubreiten, wobei es nicht immer sowjetrussische Hartnäckigkeit war, die Stassen zögern liess; seine Kühnheit wurde und wird auch oft gebremst durch die Eifersüchtigkeiten und die von nationalen Prestigefragen diktierten Einwände der westlichen Verhandlungspartner. So schwirren seit vielen Wochen Pläne über die Schaffung einer europäischen Inspektionszone in der Luft, ohne dass ihre Konturen sichtbar wurden. Kaum war dieses Stichwort in der internationalen Abrüstungsdiskussion gefallen, erhoben sich trotz "grundsätzlicher Zustimmung" Widerstände mannigfachster Art. Bonn und Paris, wenn auch nicht immer aus den gleichen Gründen, schossen quer und am liebsten würden sie eine solche Inspektionszone auf den Eisfeldern der Arktis verlagert sehen. Diese und noch andere Querschüsse, dazu das immer noch tief verwurzelte Misstrauen zwischen Washington und Moskau liessen die Londoner Verhandlungen nicht in dem erwarteten Tempo in Gang kommen.

Besteht deshalb ein Grund zum Pessimismus? Ist das düster beklemmende Bild gerechtfertigt, das in manchen westeuropäischen Hauptstädten über den bisherigen Verlauf der Londoner Gespräche entstanden ist? Besteht für alle Gutwilligen Anlass zur Verzweiflung?

Die Nebelwand von Zynismus und von sich ausbreitender Hoffnungslosigkeit hat nun der amerikanische Aussenminister Dulles mit kräftigen und nüchternen Worten durchbrochen. Er hat den Blick gerichtet auf das Wesentliche, auf das, worauf es heute im Atomzeitalter ankommt. Schon die vor einigen Tagen gefallene Bemerkung Eisenhowers liess aufhorchen. Er sagte, die Alternative eines Mislingens der Londoner Verhandlungen wäre schrecklich, das Risiko, das die Staatsmänner eingehen,

indem sie vorwärtsgehen oder es jedenfalls versuchen, sei nichts im Vergleich mit dem, das man sonst eingeht, "wenn man nichts tut, wenn man auf seinen Händen sitzt". Dulles ging noch weiter: Mit dem Satz: Nukleare Waffen seien bereits so zahlreich vorhanden, dass sie im Kriegsfall das Leben überall auf dem Globus bedrohen und der armseligste und unverantwortlichste Diktator könne sich solche Waffen verschaffen, umriss er die Zwangslage, in der sich die Vereinigten Staaten befinden und die aus Gründen der Selbsterhaltung ein Sich-treiben-lassen auf den Wogen eines atomaren Wettrüstens einfach nicht mehr gestatten.

Auch zwingende wirtschaftliche Überlegungen drängen, die Bahn der Abrüstung nicht zu verlassen. Keine demokratische Regierung - und wie die Moskauer Vorgänge es eindrucksvoll belegen, auch keine diktatorische Regierung - kann ungestraft den Völkern ungeheure Opfer zumuten. Die bisherigen Rüstungsausgaben berühren schon in manchen Ländern die Grenze der wirtschaftlichen Leistungskraft, ein Überschreiten dieser Grenze würde nicht nur den Verteidigungswillen der Völker erlahmen lassen, er hätte auch ein wirtschaftlich und politisches Chaos zur Folge. Ein Schulbeispiel liefert in dieser Hinsicht Frankreich. Es kann innerpolitisch nicht zur Ruhe kommen und wirtschaftlich nicht gesunden, weil es alle seine Energien im Algerienkrieg verzehrt...

Was Dulles in seiner an die amerikanische Nation und auch an die Welt gerichteten Rede ausdrückt, ist doch dies: Was immer auch an Rückschlägen eintreten, an Hemmnissen und Schwierigkeiten auftauchen möge, die Abrüstung darf darunter nicht scheitern. So ist diese Rede, die in ihrem Kern zwar nichts Neues aussagte, nochmals eine von niemandem zu überhörende Manifestation des Willens zur Abrüstung und zur Entspannung, ein klares Bekenntnis, von einem Weg nicht abzulassen, der allein den von Furcht gepeinigten Völkern den Frieden sichert. Sie enthält auch das nüchterne Eingeständnis, dass ein mit nuklearen Waffen geführter Weltkrieg keinem den Sieg brächte. Die Rede sprach Empfindungen an, die die Völker dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs beherrschen, sie ist das Angebot eines Waffenstillstandes im Kalten Krieg und ein eindringliches Plädoyer dafür, dass nun den Worten auch Taten folgen sollen.

Von einem bevorstehenden Zusammenbruch der Londoner Verhandlungen, wie ihn manche Äußerer prophezeien, kann nach dieser Rede des amerikanischen Aussenministers wohl nun keine Rede mehr sein. Es gibt, um nochmals Eisenhower zuzitieren, keinen grösseren Komplex in unserer Lebenszeit, wo mehr Optimismus und beinahe Enthusiasmus notwendig ist als die Gräben zu überbrücken und die Berge des Misstrauens abzugraben, die in der Nachkriegszeit zwischen den Weltmächten errichtet wurden. Wer hier versagt, gibt sich selbst auf und lässt eine nicht mehr zu kontrollierende Entwicklung geschehen, die nur alle in den Abgrund wirft.

Bisher hat sich dertrieb zur Selbsterhaltung in der Geschichte als die stärkere Kraft erwiesen. Die amerikanische Politik in den Fragen der Abrüstung trägt alle Züge eines starken Selbstbehauptungswillens, der sich heute, wie noch nie zuvor, in der Suche nach Lösungen bewähren muss, die den Alpdruck des Krieges von den Völkern nehmen.

23. Juli 1957

Labour für aktive Wiedervereinigungspolitik

London, Ende Juli

Die britische Labour-Party wird Anfang Oktober ihren diesjährigen Parteitag durchführen und es ist anzunehmen, dass dort ein Programm erarbeitet wird, das gleichzeitig als das zukünftige Regierungsprogramm der Partei zu gelten hat. Schon jetzt bereiten sich die Bezirke auf diesen Kongress gewisserhaft vor. Aus der Fülle der beim Parteivorstand eingegangenen Entschliessungen hebt sich die Forderung nach einer aktiven Abrüstungs- und Entspannungspolitik hervor. Neben einer heftigen Kritik an der Politik der konservativen Regierung konzentrieren sich die Anträge auf die Forderungen nach sofortiger Einstellung aller Wasserstoffbombenversuche und der Beendigung des Rüstungswettlaufs. Es wird verlangt, dass die zukünftige englische Regierung "entsprechend dem Wunsch der Mehrheit der britischen Bevölkerung" ihr Hauptgewicht auf die Entspannung in der Welt und nicht auf die Verschärfung der Spannungen zwischen Ost und West legen solle.

Neben der Forderung nach Stärkung der Vereinten Nationen und dem Ausbau einer UNO-Polizeitruppe, die in Konfliktsfällen zwischen einzelnen Staaten eingesetzt werden soll, steht das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands. Die Entschliessungsanträge zeigen deutlich, wie intensiv sich die Bezirke der Labour-Party mit dieser Frage beschäftigt haben. Zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas wird die Beseitigung der militärischen Blockpolitik verlangt. An Stelle der militärischen Blockpolitik soll ein europäisches Sicherheitssystem treten, an dem das in Frieden und Freiheit wiedervereinigte Deutschland mit gleichen Rechten und Pflichten beteiligt ist.

Die meisten auf das Deutschlandproblem bezugnehmenden Anträge decken sich mit den Forderungen, die Gaitskell und Ollenhauer auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale in Wien Anfang Juli dieses Jahres vertreten haben. Interessant ist hierbei die Feststellung, dass einige Bezirke das Wiedervereinigungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sowie die sozialdemokratischen Vorschläge zur Sicherheit in Europa, wenn nicht direkt entsprechen, so doch in den wesentlichen Grundzügen übernommen haben.

Eine Übersicht über die bisher beim Parteivorstand eingegangenen Anträge zur Aussenpolitik sowie die Delegiertenstimmen, die hinter diesen Anträgen stehen, lässt vermuten, dass der Parteitag mit grosser Mehrheit die Auffassungen der Antragsteller billigen wird.

23. Juli 1957

Guter Rat in den Wind geschlagen

mu, Hamburg

Der ehemalige Grossadmiral Dönitz hat nun doch eine Beschäftigung aufgenommen, von der ihm wohlmeinende Männer im Deutschen Marinebund abgeraten hatten, Dönitz schreibt nämlich trotz aller Warnungen eine Geschichte des Seekrieges von 1939 bis 1945. Sie soll bereits Anfang nächsten Jahres herauskommen und wenn man seinen Freunden Glauben schenken darf, wird es eine "grossartige Rechtfertigung der Kriegsmarinepolitik Hitlers".

Dönitz wohnt heute, zehn Monate nach seiner Entlassung aus der Haft der vier Besatzungsmächte, in Aumühle bei Hamburg. Der nunmehr 66 Jahre alte Nachfolger Hitlers, der am 7. Mai 1945 in Flensburg die bedingungslose Kapitulation des Grossdeutschen Reiches unterschrieb, erfreut sich wieder allerbesten Gesundheit. Er bezieht heute eine Pension von rund 1600 DM monatlich und dürfte inzwischen auch schon eine Heimkehrerentschädigung in Höhe von rund 7500 DM erhalten haben.

Dönitz wird immer mehr zum Idol der nach rechts und rückwärts tendierenden Kräfte im Deutschen Marinebund. Er wurde am 8. Juni auf dem Abgeordnetentag des Deutschen Marinebundes in Düsseldorf zum Ehrenmitglied dieses Traditionsverbandes gewählt. Der Beschluss wurde erst in diesen Tagen bekannt. Eine Reihe leitender Männer des Marinebundes möchte ihn gerne zum Vorsitzenden machen. Sie treffen dafür alle Vorbereitungen. Dönitz ist inzwischen auch zum Mitglied der U-Bootskameradschaft in Hamburg und zum Ehrenmitglied der U-Bootskameradschaft in Kiel gemacht worden.

Dabei bereitet Dönitz seinen "Werdegang in ein neues militärpolitisches Leben" äusserst geschickt vor, wie man in Aumühle zu berichten weiss. Er steht im engen Schriftwechsel mit vielen ehemaligen Marinegrössen der Kriegsmarine. Allerdings hat er es abgelehnt, offizielle Einladungen anzunehmen, weil er sich vor den "Reaktionen in der Öffentlichkeit", wie er selbst sagt, vorerst noch fürchtet. Freilich ist auch nicht unverborgen geblieben, dass er einen grossen Schriftwechsel mit Admiralen der damaligen gegnerischen Marinen Englands und der USA pflegt. Man spricht davon, dass sogar hohe Marineoffiziere der USA bei ihm in der Wohnung in der Spechtstrasse zu Gast gewesen sind.

Indes schiebt sich auch der vor knapp zwei Jahren aus der Spandauer Haft entlassene Generaladmiral a.D. Raeder immer weiter in den Vordergrund. So gab er sich am 13. Jahrestag des mutigen Attentates gegen Hitler, dem 20. Juli, dazu her, vom Kieler Marinebund zum Ehrenmitglied bestimmt zu werden. Auch das kann als ein Alarmzeichen für die immer stärker ins rechte Extrem drängende Entwicklung des Deutschen Marinebundes gewertet werden.

23. Juli 1957

Noch immer politische Gefangene in Bautzen

D.R. Jedermann weiss, dass 5 mal 5 gleich 25 sind und dass 10 oder 20 Jahre ein kürzerer Zeitraum ist als beispielsweise die Dauer von 25 Jahren. Leider kann man nicht behaupten, dass die arithmetischen Regeln dieses einfachen Rechenexempels die gleiche Gültigkeit auch bei unseren östlichen Nachbarn Anerkennung finden. Nicht nur, dass elementare demokratische Begriffe über Recht und Freiheit buchstäblich auf den Kopf gestellt werden, nein, man jongliert auch in der sowjetischen Rechtsprechung mit der ausgesprochenen Strafdauer wie Rastelli mit den weissen Bällen.

Wie wäre es sonst möglich, dass niemand der von sowjetischen Gerichten und der Zonenjustiz zur Strafverbüßung übergebenen Gefangenen weiss, wann er die Freiheit wiedersieht. Da wurden ohne Rücksicht auf die Schwere des Deliktès über einen Leisten Strafhöhen von 25 Jahren ausgesprochen. Jahre vergingen, ehe die Urteile rein willkürlich auf 10, 15 oder 20 Jahre herabgesetzt wurden.

Es ist bekannt, dass in Ostdeutschland die sowjetische Militärverwaltung zahllose Deutsche verhaftet und zu 25-jähriger Arbeitslager verurteilt hat, um das von ihr in ihrer Besatzungszone errichtete Regime von unliebsamen Kräften zu befreien. 1950 wurden die noch überlebenden Gefangenen dem Zonenregime übergeben und dadurch der Anschein erweckt, dass eine Revision der Urteile von den ostdeutschen Justizorganen möglich sei. Es hat sich jedoch erwiesen, dass der Vollzugsabteilungen der "Volkspolizei" keinerlei Akten über die Strafverfahren von den sowjetischen Stellen zur Verfügung gestellt worden waren und sie somit nur exekutive Gewalt hatten. Die Sowjets überliessen es also Pankow, jene Suppe auszulöffeln, die sie eingebracht hatten.

Den Gefangenen gegenüber, die nun von der ostzonalen Staatsanwaltschaft die Überprüfung ihrer ungerechtfertigt hohen Urteile forderten, erklärte man sich als nicht für zuständig und belies es bei formellen, ablehnenden Bescheiden.

Die Jahre vergingen für die sogenannten Tribunalverurteilten in hoffnungsloser Lethargie, bis endlich 1954 ein Teil von ihnen nach rein willkürlichem System entlassen wurde. Die Zurückbleibenden fragten sich, nach welchem Prinzip die kurz in Erscheinung getretenen sowjetischen Offiziere die Auswahl der Entlassenen vorgenommen haben mögen. Man war bei aller gegenseitigen Sachkenntnis ohne Rat.

Im Laufe der letzten Jahre wurden dann weitere Gruppen Häftlinge

P/XII/165

23. Juli 1957

entlassen, ohne dass ein Modus zu erkennen war. Bemerkenswert ist, dass man die Urteile vieler Gefangener auf 8, 10 oder 12 Jahre herabgesetzt hatte und es von seiten der Betroffenen als einen Glückszufall betrachtet wurde, wenn man mit 8 Jahren noch "glimpflich" davongekommen war. Die eigenartigste Situation ergibt sich auch daraus, dass Gefangene mit relativ hohem Strafmass entlassen wurden, während andere mit kürzerer Strafdauer weiter in Haft blieben.

Im Monat Juni befanden sich beispielsweise in der Strafvollzugsanstalt Bautzen noch 826 Gefangene, von denen 156 von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden waren. Die Tribunalverurteilten leben förmlich in einem juristischen Zwitterzustand, da es für sie keine erreichbare Instanz gibt, bei der sie erfolgreich eine Revision ihres Urteils erwirken könnten. Ein kürzlich aus der Strafanstalt Bautzen Entlassener berichtet, dass dort sämtliche Protestaktionen im Keime erstickt und die Gefangenen mittels harter Disziplinarstrafen eingeschüchtert werden. Angesichts dieser Rechtlosigkeit und Willkür, habe sich eine allgemeine Lethargie verbreitet, die bei den Häftlingen nach der langjährigen Haft zu schweren körperlichen Schäden führte.

Unter den aus Russland übergebenen Gefangenen befindet sich immer noch der wiederholt in Presseberichten genannte Walter K r a u s e, der seit 1943 in Haft der Sowjets ist, weil er als Panzerfahrer einen Führerschein für Holzvergaser bei sich trug und deshalb als Führer der Vergasung von Kriegsgefangenen verantwortlich gemacht wird. Ein anderer Gefangener wartet auch noch auf eine Revision seines Urteils. Er befindet sich seit 23 (dreiundzwanzig!) Jahren in Haft. Der Betreffende hatte während der Nazi-Zeit im KZ Sachsenhausen als Gefangener im Krematorium gearbeitet. Nach Kriegsende wurde er wegen Beihilfe zur Leichenverbrennung von einem sowjetischen Militär-Tribunal verurteilt. Die "Volkspolizei" hält ihn in der Strafanstalt Bautzen in strenger Isolierung und Einzelhaft, weil man durch Bekanntwerden seiner Haft Komplikationen befürchtet und offensichtlich eine durch langjährige Einzelhaft erfolgende Liquidation auf kaltem Wege der ostdeutschen Justiz der bequemste Ausweg zu sein scheint.

Es ist höchste Zeit, dass endlich Licht in die dunklen Zellen der sowjetzonalen Kerker kommt und denjenigen trotz grauenvoller Justizarithmetik volles Recht zuteil wird, das wir mit als oberstes Prinzip unseres menschlichen Daseins betrachten.

* * *

"Grobe Fahrlässigkeit"

sp. Rund 20 Milliarden Dollar - das sind mehr als 80 Milliarden DM! - hat jetzt ein Unterausschuss des amerikanischen Kongresses für den Bau von Atombunkern und anderen Luftschutzmaßnahmen gefordert. Derselbe Ausschuss beschuldigte die Regierung der groben Fahrlässigkeit, weil sie bisher nichts Ernsthaftes zum Schutz der Bevölkerung im Falle eines Angriffes mit Atom- und Wasserstoffbomben unternommen habe. Der Regierung wird ferner der Vorwurf gemacht, erst jetzt die Gefahren der radioaktiven Niederschläge bei ihren Luftschutzmaßnahmen in Rechnung gestellt zu haben, die eine Evakuierung der Bevölkerung sinnlos erscheinen lassen. Radioaktive Niederschläge würden auch eine evakuierte Bevölkerung erfassen, wenn es überhaupt bei den kurzen Reaktionszeiten möglich sei, nennenswerte Bevölkerungsgruppen in Räume zu bringen, die voraussichtlich nicht als "Zielgebiete" zu gelten haben.

Im Grunde genommen sind alle diese Feststellungen nicht neu. Man hat sie bisher jedoch offenbar nicht in der Öffentlichkeit ausgesprochen, um zu vermeiden, dass die Politik des Rüstungswettlaufs von der Bevölkerung verdammt wird. Jetzt kommen die furchtbareren, im Falle eines Atomkrieges zu erwartenden Folgen für die Zivilbevölkerung mit elementarer Gewalt zur Sprache. Was zur Zeit in den amerikanischen Zeitungen darüber geschrieben wird, bildet den psychologischen Hintergrund für die immer sichtbarer werdende Tendenz der amerikanischen Außenpolitik, der Abrüstungskonferenz in London zu einem Erfolg zu verhelfen.

Und in der Bundesrepublik? Hier tut man so, als sei in der Welt nichts geschehen. Man versucht in Versammlungen dem Volk einzureden, die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und die Einrichtung von Abschussbasen für Atomartillerie habe irgendetwas mit der Sicherheit des deutschen Volkes zu tun. Während man für die Aufrüstung im Jahr neun bis elf Milliarden Mark ausgeben will, tut man für den Schutz der Zivilbevölkerung praktisch nichts. Obwohl die Bundesregierung ein Dreijahres-Programm für die Organisation und den Bau von Schutzmaßnahmen mit einem Kostenaufwand von 1,2 Milliarden aufgestellt und deren Durch-

führung versprochen hatte, bewilligte die Mehrheit des Bundestages auf Initiative derselben Bundesregierung in der Zeit von 1955 bis zum Abschluss des Rechnungsjahres 1958 (1. April) nur 276 Millionen Mark. Das ist, gemessen an den Erfahrungen, die man jetzt in den Vereinigten Staaten bei theoretischen Luftschutzmanövern gesammelt hat, noch nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat in den vergangenen drei Jahren - um wenigstens ein Mindestmass von Schutzvorrichtungen zu ermöglichen - insgesamt 3,6 Milliarden gefordert. Bei jeder Statberatung wurde der entsprechende sozialdemokratische Antrag von der CDU und ihren Mitläufern abgelehnt.

Wie fahrlässig man in der Bundesrepublik das ganze Problem des Schutzes der Bevölkerung behandelt, ergibt sich aus folgenden Tatbestand: Die finanzielle Regierungsplanung für den Schutz der Bevölkerung sieht nicht eine einzige Mark für Bunkerbauten vor. Die Ausgaben hierfür will man grosszügig den Gemeinden und möglicherweise den Ländern überlassen.

Im Grunde genommen haben aber alle Berechnungen für die Ausgaben zum Schutz der Bevölkerung im Falle eines Angriffs mit Atom- und Wasserstoffbomben nur einen bedingten Wert. Man könnte von vorbeugender Massnahmen sprechen, die in einer Art Verzweiflungstimmung, ähnlich wie bei einer unabweisbaren Seuche, angewandt werden müssen. Der einzig wirksame Schutz, den eine Regierung der Bevölkerung ihres Landes gewährleisten kann, wäre eine konstruktive Politik der Entspannung und der Sicherheit. Die Beispiele der Vergangenheit zeigen aber, dass die jetzige Bundesregierung nicht nur - wie die Amerikaner von ihrer eigenen Regierung sagen - "grob fahrlässig" handelt, sondern durch ihr Verhalten in den Fragen der Aufrüstung im zweigeteilten Deutschland auch eine Entwicklung unterstützt, die den grauenhaften Mord mit Atomwaffen nicht ausschliesst.

+ + +

Beserzuschrift im "Spiegel" vom 24. Juli 1957:

Der Herr Bundeswirtschaftsminister erklärt in seinem verworrenen Artikel im "Spiegel", dass die Volksaktie ihren Besitzer die Unabhängigkeit und damit die Freiheit bringe. Jetzt warte ich nur noch auf den Tag, wo aus dem erlauchten Munde der CDU-Wahlkampfleitung verkündet wird, dass erst die Volksaktie ihren Besitzer zur wahren Christen werden lässt.

G. Dewald, Bremen

+ + +